

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 11. Januar 1895.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Ueber die gestrige
Reichstags-Sitzung berichtet die „Nat.-Ztg.“ folgen-
des Stimmungsbild:

„Wie jedes Drama einen Höhepunkt hat, so
auch in der Regel eine Reizungs- und Beruhigungs-
periode. Die Debatte über die „Umstrukturierung“ hatte
den ihren Höhepunkt erreicht. Als Graf Limburg kurz nach
1 Uhr begann, waren allerdings noch die Bänke
leer, wobei es dem Redner eine Entschädigung ge-
wesen sein mag, daß die Anwesenden aufmerksam
umten vor der Rednertribüne im Kreise geschaart
seinen Vell über den Saal tönenden Ausführungen
zuhörten. Er räumte dann Herrn Mundel den
Platz, der schon vor Beginn der Sitzung sich ein-
mal probeweise auf die Tribüne gestellt hatte, um
zu sehen, ob es sich dort gut sein und blicken
lassen ließe. Er schenkte dem Grafen Limburg
den sich insoweit fügte. Auf den Tribünen
war jetzt fast jed. Sitz besetzt und aus dem
Reiche und vom Reichlichen Staatsministerium
waren jetzt alle da, welche nachher an
einer Sitzung des Reichstages Theil zu nehmen
hätten. Herr Mundel legte den Kopf leicht auf
die Seite, streifte die Rechte weit aus und begann;
sein schöner Vortragsstil nicht Zustimmung und nun
baute er eine immer höher ansteigende Pyramide
von Sarkasmen mit dem Aufwand aller seiner
Dialektik auf; immer wehmüthiger klang die
Stimme und die Reizungs- und Beruhigungs-
periode in eine Reizungs- und Beruhigungs-
periode in den „Darm-Geschichten“ und die So-
zialdemokratie in neuen Angelegenheiten, der zu Un-
recht verdächtigt ist, wie der Humor aus dem
Gerichtssaal erzählt, die bekannte goldene Uhr ge-
nommen zu haben, und nachher verloschen den
stehenden Vertheidiger fragt, ob er sie nun be-
halten dürfe. In diesem Gegenfall zum dem
Mundel'schen Pathos und der Ruhe im Hause
während dieser Rede war die temperamentvolle,
fröhliche Rede des Kriegeministers v. Bronsart
u. Schellendorf und das Echo, das sich erhob.“

Er begann links von der Tribüne am Repräsentan-
tensplatz; immer entschiedener wandte er sich gegen
die Sozialdemokratie, und je schärfer das Wort
kam, um so mehr rückte er nach der Tribüne
hinüber, bis er endlich an der Tribüne stand, die
zu den Freunden des Herrn Mundel hinüberlag.
Ein Zwischenruf nach dem anderen folgte ihm
hinzu; schließlich antwortete der Minister; ein
hellere Lachen ließ sich über die Tribüne hören,
als er ihm die Herren da unten nicht
nachschauen ließ, als ob sie ein Pulvermagazin
füllen würden, wenn ein Posten mit aufgestelltem
Seitengewehr davor stünde. „Dann heißt es:
Nichtschußabgeordnete vor, les officiers en avant!“
Kam links; „Einger“, rief eine dröhnende
Stimme dazwischen, und wiederum lachte man
auf allen Seiten, worauf der Kriegeminister zu
seinem ersten Standorte zurückkehrte und mit der
hingeworfenen Bemerkung, „ich verlaße nun dies
letzte Wort“, mit der linken Hand mit dem
Rechten aufsteigend und mit der rechten Hand für
Satz markierend, unter lauter Zustimmung des
Hauses darauf hinaus, jetzt gelte es, durch
Vertheilung des Gesetzes schlimmeren Ausein-
andersetzungen vorzubeugen. Diese dramatische
Bewegung war der Uebergang zu einer Rede
des Justizministers v. Schellendorf, der rechts an der
Bundesratstribüne formvollendet und sachlich
wirkfam sprach. „Der Abgeordnete v. Bennigsen
hat das Wort.“

„Nun ruhe ruhe, von allen
Seiten strömte es nach der Mitte des Hauses;
„ruhe! ruhe!“ rief es dazwischen, der Präsident
mante die Herren, den Platz um den Redner frei
zu lassen. Geplante Rede wurde nicht zu Stande
gebracht, als der Führer der National-
liberalen nun in großen Zügen die politische Lage
zeichnete und schließlich hervorhob, daß der jetzige
Kampf der Geister gerade in Deutschland die Ent-
scheidung bringen werde, ob die Kraft des mon-
archischen Verfassens groß sei, als die der Umstrukturierung.
Ueberall hatten sich gespannt zuhörende
Gruppen gebildet, auch auf der Bundesrats-
Tribüne; links auf der Tribüne zu dieser stand der
Kriegeminister, an das Geländer gelehnt; rechts
Hohenlohe hatte sich erhoben und hörte von dem
Justizminister aus. Vertheilung der Aufmerksamkeit
überall am Schluss die missälligen Aufmerksam-
keiten der Sozialdemokratie, Herr Dr. Bartsch stieg in
dem Raum die Tribüne hinauf, erlebte auf der
Tribüne wenig Freude, denn eine große Zahl
suchte die Wandlung auf und kam so um
Herrn Bartsch's politischen Theorien. Nach einer
Rede voll unwürdigen Humors des eifrigsten
Herrn Colbus wurde kurz vor sechs Uhr die
Sitzung auf heute vertagt.“

— Das Dankreden, welches der Kaiser
den ihm von der Berliner Stadt vorbrachten
zum Jahreswechsel darz. brachten
wunsch erlassen hat, ist insofern von be-
sonderer Bedeutung, als in diesem Schreiben auch
die Eingemeindungsfrage berührt ist. Dasselbe

„Von den Stadtverordneten als den Ver-
tretern der Bürgerstadt Meiner Haupt-
und Residenzstadt Berlin an der Schwelle des
neuen Jahres warme Segenswünsche für die
neue Stadt, sowie die Versicherung un-
verbrüchlicher Treue zu erhalten, war eine
herzliche Freude und süße ich mich, wenn ich
den Stadtverordneten hierüber Meinen auf-
richtigen Dank aussprechen. Gern werde ich auch
in Zukunft die Thätigkeit der Stadtverordneten
bei der Verwaltung des großen Gemeinwesens,
welchem jetzt wieder durch Erweiterung des
Stadtgebietes ein erheblicher Zuwachs be-
steht, mit Meinem lebhaften Interesse be-
gleiten und allen auf eine gesunde Fortentwick-
lung Berlins gerichteten Bestrebungen Meine
fördernde Unterstützung zuwenden.“

Neues Palais, 7. Januar 1895.
93. Wilhelm R.“

— Die Wahlprüfungskommission hat, wie
schon gemeldet, die Wankante des Zentrumsgel-
ordneten Greß für die Stadt Köln, des sozial-
demokratischen Abgeordneten Weist für Kenney-
Wettmann, sowie des Zentrumsgelordneten Dr.
Fischer für Passau für ungültig erklärt. Damit
hat die Wahlprüfungskommission entschieden, daß
Veränderungen der Wahlkreiseinteilung gegen den
Zustand zur Zeit von 1869 nicht zulässig sind.
Die Ungültigkeitserklärung ist erfolgt aus Grund
der Bestimmung in dem § 6 des Reichswahl-
gesetzes: Ein Bundesgesetz wird die Abgrenzung
der Wahlkreise bestimmen, bis dahin sind die
gegenwärtigen Wahlkreise beizubehalten. Bei den
vorgewandten Wahlkreisen war in Folge der Ein-
verleibung von Theilen anderer Wahlkreise in die
Stadt Köln und Abtrennung eines Theiles des

Wahlkreises Kenney-Wettmann in die Stadt Elber-
feld der Umfang der Wahlkreise gegen 1869 ver-
ändert worden. Die auf die hierbei in Frage ge-
kommenen Wahlkreise entfallende Wählerzahl hätte
entsprechend vermindert werden können für ein anderes
Wahlgebiet.

— In der gestern abgehaltenen Sitzung des
Bundesrats wurde mitgeteilt, daß der württem-
bergische Kriegsminister General-Lieutenant Frei-
herr Schott von Schottenstein durch Se. Majestät
den König von Württemberg zum Bundesrats-
Bevollmächtigten, und daß Ministerialrath Calles
zum ständigen Kommissar für die Bundesverwaltung
von Elberfeld-Vorbringen beim Bundesrat ernannt
worden ist. Der Gesetzentwurf über die Gebäude-
steuer für Elberfeld-Vorbringen wurde dem dritten
und letzten Ausschuss überwiesen, die Denkschrift
über die Entwurf des Schutzgebietes Togo zur
Kenntnis genommen und der Entwurf einer Ver-
ordnung wegen völligen Inkrafttretens der Be-
stimmungen über die Sonntagsruhe laut der Ge-
werbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 an den
vierten Ausschuss überwiesen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt folgende
Mittheilung:
„Wir haben vor Monaten bereits bestritten,
daß die Regierung der Frage der Konvertirung
der 4prozentigen Rente näher getreten sei. Die
umlaufenden Gerichte, daß die Regierung neuer-
dings der Konvertirungsfrage gegenüber eine andere
Stellung einnehme als früher, sind, wie wir er-
fahren, unbegründet.“

— Sollte sich die Berufung des Staatsrats
zur Beratung der Agrarfragen bestätigen, so
würde, wie die „B. N. Z.“ betonen, sich auch die
Arbeitskraft des Fürsten Bismarck in amtlicher
Form wieder nutzbar machen lassen.

— Die Auswanderung über Hamburg war
im Jahre 1894 niedriger als seit fünfzehn
Jahren, sie betrug 38 827 gegen 58 876 im
Vorjahre.

— Der Umstand, daß für den jetzigen Winter
in Folge von Abkühlung den in den Kreisen
Wahnen und Unbescheid mit dem Leben von
keinemwaaren beschäftigten Handwebern Beschäftig-
ungslosigkeit drohte, hat, wie in der Tagespresse
bereits mitgeteilt, der Militärverwaltung f. S.
Veranlassung gegeben, eine außerordentliche Be-
schaffung von Handtuchern und Bettlaken im Ge-
samtwerte von 120 000 Mark anzuhängen. Diese
Mittheilung ist dahin zu ergänzen, daß die Militär-
verwaltung sich von ähnlichen Rücksichten für
die Handweber — auch anderer Gegenden — be-
reits seit Jahren hat leiten lassen. Es haben nicht
nur wiederholt außerordentliche Beschaffungen in
großem Umfange stattgefunden, auch bei der
Bereitstellung des laufenden Bedarfs ist Vorrat ge-
lassen, daß diejenigen Fabrikanten thunlichst be-
rücksichtigt werden, welche Handweber beschäftigen.
Begründung und gesichert wird die Durchführung
der auf das Wohl der Handweber gerichteten Maß-
nahmen durch mehrere Einzelvorkehrungen, wozu ge-
hört: Auswahl derjenigen Fabrikanten, deren
Preisforderung dem Durchschnitt entspricht, und
welche die höchsten Webeelone zahlen; Kontrolle
dabei, daß bei den Lieferungsanträgen auch
tatsächlich und ungefüllt Handweber in dem der
Lieferung entsprechenden Umfange beschäftigt wer-
den; Erleichterung bei der Abnahme der Fabrikate,
indem über Schönheitsfehler im Gewebe hinweg-
gesehen wird.

— Manche Presseorgane können sich nicht ge-
nug thun in dem Bestreben, die Steuerpflichtigen
von einer ausföhrlichen Angabe der für die Steuer-
veranlagung in Betracht kommenden Verhältnisse
abzuhalten. Sie merken dabei gerührt, daß sie
nicht nur die Interessen der Reichen nicht wahr-
nehmen, sondern diesen wenn nicht direkt Schädli-
gungen, so doch Unannehmlichkeiten, Schreibern
und sonstige Umstände aufzubringen bestrebt sind.
Es kann demgegenüber nur immer von Neuem
erinnert werden, die betreffenden Angaben mög-
lichst ausführlich und möglichst genau zu machen;
dann braucht es weiter keine Nachfragen von
Seiten der Veranlagungskommissionen, und auch
die Einschätzung kann glatt von Statten gehen. In
dem geschilderten Uebelstand geht neuerdings ein
Organ so weit, daß die Veranlagungsbehörden
die Meinung äußert, „immer tiefer in die Ver-
mögensverhältnisse der Steuerpflichtigen einzu-
dringen“. Zur Begründung dieses Ausspruches
wird bemerkt, die diesjährigen Anforderungen zur
Einschätzung der Steuererklärungen unterscheiden
sich von denen der Vorjahre dadurch, daß auch die
dritte und vierte Seite, die früher leer gewesen
sind, Formulare enthalten. Und nun wird in be-
züglicher Breite auseinandergelegt, was Alles aus
diesen unglücklichen Seiten 3 und 4 enthalten
ist und wie sehr solche Fragen gereizt seien, in
die privaten Verhältnisse einzudringen. Die ganze
Betrachtung ist überflüssig, denn was in ihr aus-
drücklich hingestellt wird, ist schon längst Brauch.
Die dritten und vierten Seiten haben sich auch
früher bei den Einkommensteuererklärungs-Formu-
laren befunden und kein vernünftiger Mensch hat
sich darüber beklagt. Wenn das jetzt vereinzelt
geschieht, so wird vergessen, daß, wenn der Staat
den einzelnen Bürger immer mehr Rechte in der
Selbstverwaltung abtrifft, für diesen daraus auch
die Verpflichtung erwächst, mit dem Staate offener
als früher zu verkehren. Kein Recht ohne Pflicht.
Nur das ist ein sittlicher Standpunkt.

— Für die Neuordnung, welche die Bestim-
mungen über die Detailrenten in der dem Reichs-
tage nunmehr vorliegenden Gewerbeordnungsnovelle
enthalten haben, ist die Steigerung der Anzahl der
Detailrenten ein mitbestimmender Grund ge-
wesen. In den zehn Jahren von 1884 bis 1893
hat sich die Zahl in ganz Deutschland von
45 016 auf 70 018 oder um 55 1/2 Prozent ge-
steigert. In einzelnen Bundesstaaten ist die pro-
zentuale Steigerung eine noch weit bedeutendere
gewesen. So haben sich in der genannten Zeit
die Detailrenten in Bayern und Elberfeld-Vorbringen
nahezu verdoppelt, in Hessen haben sie sich um
etwa 70 Prozent vermehrt. Die Zahl der Hausirer,
welchen ein Wandergewerbeausweis ausgestellt werden
muß, hat sich dagegen in der gleichen Zeit nicht
sonderlich vermehrt. Für ganz Deutschland be-
trägt die Zunahme 6 6 Prozent. In einer ganzen
Reihe von Einzelstaaten ist diese Zahl sogar zurück-
gegangen, so in Bayern, in Württemberg, Baden,
Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig und Bremen.
In anderen dagegen hat die Zunahme einen be-
trächtlichen Umfang angenommen, so in Elberfeld-
Vorbringen nahezu 50 Prozent. Am bedeutendsten
ist die Steigerung jedoch in Hessen. Hier waren
im Jahre 1884: 2778 Wandergewerbetreibende aus-
gestellt und im Jahre 1893: 7644. Die Zu-
nahme beträgt demgemäß nicht weniger wie 175

Prozent. Nimmt man hinzu, daß Hessen auch
bei den Detailrenten eine Steigerung von 70
Prozent aufzuweisen hat, so wird man erkennen,
daß dieser Bundesstaat am meisten an einer Rege-
lung der gesetzlichen Behandlung der Hausirer und
Detailrenten interessiert ist.

— Der deutsche Musikverband hat seit
Jahren bei den zuständigen Zivil- und Militär-
behörden um Einschränkung der Musikaufführungen
der Militärmusiker nachgesucht, da er darin eine
Schädigung des Gewerbes der Zivilmusiker erblickt.
In dieser Angelegenheit ist vor kurzem folgende
Kabinettsordre des Kaisers ergangen:

„Auf den mir gehaltenen Vortrag bestimme
ich in Erweiterung meiner Ordre vom 29. Mai 1891,
daß Militärmusiker beim Spielen zu öffentlichen
Tanzergänzungen nicht Uniform tragen dürfen. Ich
ermächtige jedoch die Regiments- u. Komman-
deure, in besonders begründeten Ausnahmefällen
Abweichungen hiervon zu gestatten.“

— Diese Ordre hat das Kriegsministerium
sämtlichen Truppenkörpern des preussischen Heeres
durch nachfolgende Verfügung zur Kenntnis ge-
bracht:

„Abkürzung von vorkommender allerhöchster
Kabinettsordre über den Militärmusiker
ergehen. Seine Majestät der Kaiser und König
haben sich allerhöchsterseits dahin ausgesprochen
gerührt, daß auch, abgesehen von dem Spielen zu
öffentlichen Tanzergänzungen, das Tragen der Uni-
form bei öffentlichen Ausübung ausserordentlicher
Musikthätigkeit einzuschränken und im Allgemeinen
nur dann zu gestatten sei, wenn das Militärmusiker
geschlossen oder mit einem namhaften Theile unter
Leitung des Dirigenten aufträte. Dagegen wollen
Seine Majestät dem nicht entgegen sein, wenn
auch in Zukunft kleineren Truppen von Militärmusikern
das Erscheinen in Uniform zum Spielen
bei Festen von Kriegervereinen erlaubt werde.
Zufolglich für die Ertheilung dieser Erlaubnis
sind die Regiments- u. Kommandeure. Seine
Majestät haben ferner der Erwartung Ausdruck
gegeben, daß die Regiments- u. Kommandeure die
Ausübung des Musikgewerbes seitens der ihnen
unterstellten Militärmusiker dauernd überwachen
und es sich angelegen sein lassen würden, berech-
tigten Klagen der Zivilmusiker über ihnen durch
eigere gemacht Konkurrenz vorzubeugen; Aus-
nahme durch Zivilmusiker sollten nur ausnahms-
weise und nur dann erfolgen, wenn das Musik-
korps geschlossen und in bürgerlicher Kleidung
aufträte; in jedem einzelnen Falle solle hierzu die
Genehmigung der Regiments- u. Kommandeure
eingeholt werden.“

— Die „Post“ veröffentlicht einen an sie ge-
richteten Brief des Rechtsanwalts und Notars
Kuhse in Halberstadt, eines Bruders des Premier-
lieutenants A. Kuhse, dessen traurige Erleb-
nisse in San Salvador im Zusammenhang mit
dem Verbalten des deutschen Gesandten Meyer in
letzter Zeit soviel von sich reden gemacht haben.
Rechtsanwalt Kuhse wendet sich in seinem
Schreiben gegen die jüngst vom „Reichs-Anzeiger“
veröffentlichten Berichte und führt die Gründe an,
die den Gesandten Meyer hätten veranlassen sollen,
im Interesse des kaiserlichen Ruhms einzuschreiten.
Es heißt in dem Blatt u. A.:

„Der Bericht verschweigt vollständig, was
der Gesandte zu Gunsten meines unglücklichen
Bruders gethan hat, um ihn aus seiner Gefangen-
schaft zu befreien und für die ihm zugefügten
schweren Mißhandlungen Genugthuung zu fordern.
Herr Meyer wird über diese seine Thätigkeit
schwerlich Auskunft geben können, denn er hat
nichts gethan. Wie mir von einem Herrn berichtet
ist, der in jener Zeit in San Salvador lebte, hat
noch während der Revolution die deutsche Kolonie
in Salvador durch Herrn Franz Wogen in La
Laguna bei San Salvador dem Gesandten von
dem Schicksal meines Bruders und anderen Vor-
fällen telegraphisch Mittheilung gemacht und ihn
gebeten, er möge selbst kommen oder einen Vize-
konsul benennen, da der deutsche Gesandte Augu-
stus in Santa Ana eingeschlossen sei. Der Herr
Gesandte habe beides abgelehnt unter einer Be-
gründung, die ich hier nicht wiedergeben will, weil
ich sie zum Gegenstande der Beschwerde bei Sr.
Durchlaucht dem Herrn Reichsfürstener gemacht
habe. Ich stelle aber fest, daß der Herr Gesandte,
obwohl ihm bewußt war, daß ein Unterthan des
deutschen Reiches sich in Folge fortgesetzter, em-
porwucher Mißhandlungen und eines über ihn aus-
gesprochenen Todesurtheils in höchster Gefahr be-
fand, seine Intervention nicht für nöthig hielt und
verweigerte. Es ist in dieser Angelegenheit wieder-
holt in den Tagesblättern hervorgerufen worden,
daß der Deutsche, der in fremde Dienste trete,
des Schutzes des deutschen Reiches verlustig
werde, weil er nicht mehr deutschen Staats-
angehöriger sei. Ich möchte diese Auffassung
eine verfehlte nennen, da nach § 13 Gesetz vom
1. Juni 1870 mein Bruder die Staatsangehörig-
keit nur durch Entlassung auf Antrag, oder durch
Ausspruch der Behörde oder durch zehnjährigen
Aufenthalt im Auslande verlieren konnte. Keiner
dieser Fälle liegt vor. Es kann sich nur um die
Frage handeln, ob der Gesandte einschreiten konnte.
Diese Frage ist zu bejahen, und es kann dem
Gesandten der schwere Vorwurf nicht erspart
werden, daß er von dieser Befugnis keinen Ge-
brauch gemacht und dadurch mitverschuldet hat,
daß mein Bruder in Folge der ausgedehnten
Mißhandlungen und Qualen irrtümlich geworden
ist. Nach dem Bericht des Herrn Gesandten vom
18. Juli 1894 konnte es scheinen, als habe der
Konsul demnach auf freien Fuß sich mit uns
in Verbindung gesetzt, für die Rückkehr meines
unglücklichen Bruders gesorgt und die dazu
nöthigen Mittel bereitgestellt. Das ist nicht der
Fall. Nachdem ich mehrere Monate von meinem
Bruder keine Nachricht erhalten, wurde mir durch
dritte Personen am 18. Juni d. J. mitgeteilt,
mein Bruder habe in der Revolution seinen Tod
gefunden. In Folge dieser Nachricht fragte ich
telegraphisch bei dem Herrn Konsul Augsburg an,
ob jene Nachricht wahr sei, und erhielt am 22.
Juni v. J. die Nachricht, daß mein Bruder
lebe, aber geistesgestört sei. In Folge dieser
Nachricht habe ich den Konsul ersucht, für die
Rückkehr meines Bruders zu sorgen, und habe
ihm das dazu nöthige Geld telegraphisch an-
gewiesen. Diefem Ersuchen hat dann Herr Konsul
Augsburg entsprochen. Schließlich bemerke ich,
daß ich über die ganze Angelegenheit bei dem Herrn
Reichsfürstener Beschwerde führen werde. Ruhnte,
Rechtsanwalt und Notar.

— Der vom Reichskommissar erstattete
amtliche Bericht über die Welt-Ausstellung in
Chicago ist eben erschienen. Das Werk umfaßt
zwei Bände von zusammen 1600 Seiten und ge-
fällt in zwei Haupttheile, von denen der erste, im

Reichs-Kommissariat bearbeitete, einen allgemeinen
Ueberblick über den Verlauf der Ausstellung
unternehmens giebt, während der zweite Theil 47
Einzelabhandlungen über sämtliche auf der Aus-
stellung vertretenen gewerblichen Gebiete
des Gewerbebetriebes enthält. Diese Einzelab-
handlungen sind von den Fachkundigen verfaßt
worden, welche als Vertrauensmänner der be-
treffenden Industriezweige behufs Wahrnehmung
des Reichs-Kommissariats oder des Studiums halber
die Ausstellung besucht haben; sie bringen in
ihrer Mehrzahl außer der Beschreibung der auf
der Ausstellung dargebotenen Erzeugnisse nament-
lich eingehendere Schilderungen der amerikanischen
Produktionsweisen, wagen die Vorzüge und Nach-
theile der in der alten und neuen Welt zur An-
wendung kommenden Methoden gegen einander
ab und wollen auch sonst dem Produzenten wie
dem Exporteur Fingerzeige bieten. Mit Bezug auf
die landwirthschaftlichen Gewerbe enthält der Be-
richt Einzelabhandlungen über landwirthschaftliche
Erzeugnisse, landwirthschaftliche Maschinen, Garten-
bau, Weinbau, Obstbau, Pferde, Rindvieh,
Schaf- und Schweinezucht, Forstwirtschaft und
Fischerei. Ferner sind das Berg- und Hütten-
wesen, der Maschinenbau und das Verkehrgewesen
durch zehn Artikel vertreten, während dem Kunst-
gewerbe deren vier gewidmet sind, welche die
namhaftesten Zweige, so die Möbelindustrie, die
Keramik, die Edelmetall- und sonstigen Metall-
arbeiten, die Glasindustrie, Kunstweberei und die
feinere Lederwaren behandeln. Von den übrigen
Industriezweigen werden namentlich die chemische,
die Textil-, Uhren-, Spielwaren-, Leder- und
Papierindustrie, die Photographie, die Mechanik
und Optik und die Elektrotechnik berücksichtigt.
Außerdem haben das Buchgewerbe mit seinen
Nebenindustrien, das Unterrichtswesen, die bildende
Kunst und die Architektur, der Wasserbau und
die Frauenerwerbe eine eingehendere Besprechung
gefunden.

— In dem gestern zusammengetretenen Landtag
von Istrien ist sofort der Konflikt zwischen
Italienern und Kroaten in helle Flammen ausge-
brochen. Es wird darüber gemeldet:

Parazzo, 10. Januar. Der Landtag von
Istrien wurde von dem Landeshauptmann mit
einer Begrüßungsansprache und einem dreimaligen
geheiligten ausgenommenen Kaiserhofs eröffnet. Der
Regierungsvertreter, welcher die Abgeordneten in
italienischer und kroatischer Sprache begrüßte,
wurde sofort bei Beginn seiner italienischen Rede
von der Majorität mit Protestrufen unterbrochen,
worauf diese murrend den Saal verließ. Die
auf der Gallerie Anwesenden stimmten der Ma-
jorität mit Rufen, Zischen und Pfeifen bei. Der
Landeshauptmann gebot ohne Erfolg Ruhe. Nach
Beendigung der Rede des Regierungsvertreters
wurde die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit ge-
schlossen.

Wetz, 10. Januar. Graf Kuhn hat ent-
gültig den Antrag zur Kabinebildung abgelehnt,
da er nicht glaubt, auf die Fusion verzichten zu
können. Der thätigste Grund ist der, daß er
nicht ausschließlich von der Unterstützung der
liberalen Partei und deren Führern abhängig sein
will. Der Konflikt selbst, der vorläufig noch
beiden Seiten erbat und sich erst morgen äußern will,
ob er den Antrag annimmt.

Schweiz.
Bern, 10. Januar. Der Große Rath nahm
mit großer Mehrheit das Straßenbahngesetz an
mit dem Grundsatze, daß der Staatsbetrieb keinen
Gewinn abwerfen, der Reinertrag vielmehr aus-
schließlich zur Verbesserung des Betriebes und
für den Unterhalt der Bahn verwendet wer-
den solle.

Frankreich.
Die Bureau der französischen Kammern
haben sich konstituiert. Challemel-Lacour ist im
Senat zum Präsidenten wiedergewählt worden.
Der Kammerpräsident Brisson richtete in seiner
Antrittsrede an die Republikaner die Aufforderung
zur Einigkeit, ferner betonte er die Wichtigkeit der
schnellen Erledigung des Budgets und der Re-
form der Einkommensteuer, welche für das Gleich-
gewicht des Budgets notwendig ist. Will-rand
(Sozialist) brachte eine Resolution ein, in welcher
die Entlassung Gerauld-Richards aus der Haft
beantwortet wird. Redner verlangte unter Hinweis
auf frühere Fälle die Dringlichkeit und sofortige
Verurteilung. Der Ministerpräsident Dupuy er-
suchte die Kammer, sich nicht zu Gunsten der
Haftentlassung Gerauld-Richards auszusprechen,
denn diese Entlassung würde einen Angriff auf
das Prinzip der Trennung der Gewalten und eine
Verletzung des Prinzips der Gleichheit vor dem
Gesetze bedeuten. Unter dem Beifall des Hauses
stellte Dupuy die Vertrauensfrage, worauf der
Antrag Vallarands mit 309 gegen 218 Stimmen
abgelehnt wurde.

Paris, 10. Januar. Die großen Pariser
Blätter beharren bei ihrem Prinzip, über die
Note der „Agence Havas“ zu schweigen. Auch
das „Journal des Debats“, das heute Morgen in
einem ausführlichen Artikel seines militärischen
Beiraters Charles Malo die Unterstützung und
die militärischen Fähigkeiten des Kriegeministers
Ducier äußerst scharf kritisiert, sagt in dieser An-
gelegenheit kein Wort. Dagegen sind einige
Boulevardblätter, wie „Patrie“, voll von Alarm-
nachrichten. Dieses Blatt erklärt die Situation
für gespannt und die Uebernahme des deutschen
Vorstoßes Grafen v. Münster als bevorstehend.
Das letztere, schon gestern hier verbreitete Gerücht
entbehrt jedoch jeder Begründung. Der „Jour-
nal“ bringt einen Artikel über das Institut der Militär-
attachés, worin er sagt, die Regierung habe mit
der Publikation der bezüglichen Note eine einfache
Pflicht internationaler Korrespondenz erfüllen wollen;
da aber vergebens nicht, die Frage der Militär-
attachés wieder aufzunehmen. Der Artikel schließt:
„Wir sagen nichts anderes als dies, aber wir
werden nicht ermüden, es zu wiederholen, trotz
aller Noten der „Agence Havas“, die man den
Blättern etwa noch schicken wird: die Institution
der Militärattachés wird verurtheilt durch die
Bemerkung, wie durch den Patriotismus; unter-
drücken wir sie, dann wird man sie auch anderswo
unterdrücken.“

Paris, 10. Januar. Bei dem heute vom
Präsidenten der Republik dem diplomatischen
Korps gegebenen Diner war auch der deutsche
Vorstoß Graf v. Münster anwesend. Derselbe saß
neben dem Gemahl des Präsidenten.

Paris, 9. Januar. In der Kirche St.
Augustin wurde heute Morgen die alljährlich am
Jahrestage des Todes Napoleons III. ein fester

liches Seelenamt abgehalten. Dem Gottesdienste
wohnten ungefähr 600 Personen bei. Fahnen mit
Ablern waren im Chore aufgehängt, welche die
bonapartistischen Vereine in Paris und der Pro-
vinz gesandt hatten. Prinz Murat vertrat die
Kaiserin Eugenie, den Prinzen Viktor Napoleon
vertrat Graf de la Borde.

Aus Cannes wird die Festnahme eines „höchst
gefährlichen Menschen“ gemeldet, dessen Name nur
mit dem Anfangsbuchstaben W. bezeichnet wird.
Der Mann soll ein früherer Rittmeister eines
kaiserlichen Regiments sein, der überdies gegen einen
Ausweisungsbefehl verstoßen habe. Welcher Nation
dieser Rittmeister angehört, darüber verlautet noch
nichts, wäre er ein Deutscher, so würde man das
zweifellos schon gesagt haben.

In Reibel (Ardenne) hat gestern der Verein
der Krieger von 1870—71 beschloffen, den 20. Janu-
ar, Jahrestag der dortigen Gerechtigkeit, würdig zu
begehen und die Vereine der Umgegend einzu-
laden.

Italien.
Rom, 9. Januar. Bei Gelegenheit des
Jahrestages des Todes Viktor Emanuels fanden
in ganz Italien Trauerkundgebungen statt. Der
König und die Königin wohnten heute einer
Messe bei.

Rom, 10. Januar. „Giornale Organ, die
„Gazzetta Piemontese“ meldet: Giolitti, der sich
in Deutschland geistig und körperlich erholt habe,
werde demnach nach Italien zurückkehren, um
zur politischen Bewegung daselbst Stellung zu
nehmen.

Vor dem Standesamte in Neapel fand heute
die Trauung des Fräulein Giuseppina Crispi mit
dem Fürsten Donato di Aguasloja statt. Der
Bürgermeister, welcher als Standesbeamter fun-
gierte, hielt an das Brautpaar eine Ansprache,
worin er die Hochzeiten der Älteren des Braut-
paares hervorhob und dessen Bund mit Fräulein
Crispi doppelt glücklich pries, weil er gleichsam
eine Vereinigung eines altitalienischen und eines
altgriechischen Stammes symbolisierte. — An Garibaldi, welcher der Braut eine
stimmende Rede gewidmet hatte, richtete Crispi
wärm empfundene Worte des Dankes. Garibaldi
keim erhebe ihn in eine Kust, wo die Kämpfe
schwiegen und Klage und Leid und Verleumdung
verstummen. Er sage ihm aber auch, daß er nicht
amont sich Vaterland gearbeitet, da er von
einem Dichter gelehrt werde, welcher in grauer,
stürmischer Zeit als einsam heller Stern leuchtete.
— Der König telegraphierte an Crispi: „Kaisern
Sie mich an diesem Tage meine Wünsche für Ihr
und des Brautpaares Glück und Wohlergehen er-
neuern. Ihr wohlwollender Vater Humbert.“

Spanien und Portugal.
Madrid, 10. Januar. Der Ministerrath
vertrug die Frage betreffend die unteren Gerichte
und stimmte den Reformen für Cuba zu.

Großbritannien und Irland.
London, 10. Januar. Die nach dem Aus-
lande gemeldeten Berichte über eine angeblich von
Anarchisten vorgenommene Entlassung eines fran-
zösischen Politgeheimen erfahren hier nirgends Be-
stätigung und begehen allgemeinen Unglauben.
Dieselben scheinen lediglich den Inhalt eines vor
etwa acht Tagen von einem hiesigen Morgenblattes
veröffentlichten Berichtes wiederzugeben.

London, 10. Januar. In San Francisco
eingelaufene Nachrichten an hervorragende chinesi-
sche Handelsleute enthalten die Nachricht, daß Li-
Hing-Chang dem Kwang-Su (Kronrath) eine
umfangreiche Ausarbeitung des für den kaiserlich
chinesischen Thron gefassten Vertheidigungsplanes
unterbreitet hätte. Li-Hing-Chang giebt an, daß
eine halbe Million Mann zur Vertheidigung der
kaiserlichen Paläste bereit stünde. Trotzdem ver-
lautet aus derselben Quelle, daß der Kaiser von
China Vorbereitungen getroffen habe, welche ihn
in Stand setzen, bei einem etwaigen Vordringen
der Japaner sofort zu fliehen und seine Person
und seine Frauen in Sicherheit zu bringen.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß nördlich
von Tsool, 120 Meilen von Peking, blutige
Kämpfe stattgefunden haben, und daß sich chine-
sische Verbände zu Hunderten in Tientsin ein-
stellten.

Die russische Regierung willigte durch ihren
Vorstoß in ein modifiziertes Arrangement be-
züglich der Panitzgrenze östlich vom Viktorisee
bis an die chinesische Grenze. Da zwischen Eng-
land und Rußland hauptsächlich um diesen Grenz-
zug Differenzen bestanden, so gilt die Einigung in
der Panitzfrage jetzt als hergestellt.

Dänemark.
Kopenhagen, 10. Januar. Der Finanz-
auschuss des Folketings hat heute sein Gutachten
erklärt. Die Rechte und die gemäßigten Linien,
die zusammen die Mehrheit des Folketings bilden,
machen, entsprechend dem im Frühjahr zwischen
den beiden Parteien abgeschlossenen Vergleich, ge-
meinsame Vorschläge betreffend das außerordent-
liche Militärbudget. Die radikale Linie, welche
die Widertheilung darstellt, erklärte, daß die Ver-
einstimmung Kopenhagens jetzt ihren gegenwärtigen
Charakter verloren habe, lehnt aber die Bewilli-
gungen für die Erhaltung derselben ab, um bei
späteren Verhandlungen über die Festung freie
Hand zu haben.

Rußland.
Petersburg, 10. Januar. Heute fand unter
dem Vorsitz des Großfürsten Konstantin und in
Gegenwart des Kaisers eine feierliche Sitzung der
kaiserlichen Akademie der Wissenschaften statt. In
dieser Sitzung wurden zu korrespondierenden Mit-
gliedern der Akademie gewählt: Die Universitäts-
Professoren Karl Krumbacher (München), Franz
Kohlschütter (Straßburg i. E.), Wilhelm Waldeyer
(Berlin), Otto Völsch (Dresden), Adalbert
Bezenberger (Königsberg i. Pr.), Eduard Pflüger
(Darmstadt).

Asien.
Peking, 10. Januar. Der zur Strafe des
Franzosen verurtheilte General Wei-Sab-Wei traf
hier zur Vollstreckung des Urtheils an ihm ein.
Seine Verurtheilung war erfolgt, da er sich zur
Flucht gewandt hatte, ohne daß ein Angriff er-
folgt war, und man ihm auch noch Empörung
und Ueberhebung vorwarf. Er wird wahrscheinlich
entkoppelt werden.

Singapur, 10. Januar. Nach einer Draht-
meldung des Generals Rodzu aus Schangan vom
8. d. Mts. hat sich die chinesische Truppenmacht,
die der dritten japanischen Division im Westen
gegenüberstand, nach Kolan zurückgezogen; hin-

London, 11. Januar. Wie aus Shanghai gemeldet wird, soll die britische Regierung dem Admiral Freemantle den telegraphischen Befehl haben zugehen lassen, die japanische Flotte, wenn notwendig, mit Gewalt an dem Einfahren in den Jantsekiang zu verhindern. Man will hierbei die Unthätigkeit der japanischen Flotte seit der Schlacht am Yaluflusse erklären.